

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Whf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 53

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kleinanzeigen 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Mittwoch, den 4. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die offizielle Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen Reichspräsidenten beginnt in Berlin am Mittwoch nachmittag 3 Uhr. Nach Beendigung wird die Leiche nach dem Bahnhof zur Fahrt nach Heidelberg gebracht, wo sie Donnerstag beigelegt wird.
- * Die Wahl des neuen Reichspräsidenten soll entweder am 26. April oder 3. Mai erfolgen.
- * Am 5. März soll die nächste ordentliche Vollversammlung des Reichstages stattfinden.
- * Der Gedenktag für die im Weltkrieg Gefallenen verlief im ganzen Reich in würdiger Weise.
- * Der Bericht über die Militärkonferenz in Deutschland wurde der Vorschaffertkonferenz in Paris übergeben.

Handelsabkommen mit Frankreich.

Über den Tod des deutschen Reichspräsidenten ist die Tatsache etwas in den Hintergrund getreten, daß es gelungen ist, mit Frankreich zwar nicht zu einem endgültigen Handelsvertrag zu kommen, aber doch wenigstens ein Provisorium herzustellen, das die eigentliche Entscheidung auf neun Monate hinauschiebt, aber dem bestehenden vertragslosen Zustand ein Ende macht. Charakterisiert wird das Provisorium dadurch, daß Frankreich einen großen Teil seiner Wünsche erreicht hat, daß der deutsche Erfolg darin besteht, einen Teil der französischen Forderungen beseitigt, aber hinsichtlich der deutschen Forderungen doch nur ein Versprechen für die Zukunft erhalten zu haben. Dieses Versprechen ist die tatsächliche Meißbegünstigung auf deutsche Einfuhrware in Frankreich, die aber an und für sich keine Erleichterung gegen die frühere zollpolitische Behandlung bedeutet, weil Frankreich seine Zölle ganz außerordentlich heraufgesetzt hat.

Weniger diese Meißbegünstigung als die französische Forderung der zollfreien Einfuhr aller oder kontingentierter Waren aus Elsaß-Lothringen bzw. dem Saargebiet war es, was den Abschluß der Verhandlungen immer und immer wieder hinausögern ließ. Hierbei hat Frankreich schließlich doch einen gewissen Erfolg erzielt, weil Deutschland sich bereit erklärte, für einen Teil elsaß-lothringischer Waren und wohl auch — was bisher noch nicht vereinbart ist — von Waren aus dem Saargebiet die halben Zölle zu gewähren. Das Ganze ist vorläufig nur ein grundrissiges Zugeständnis, weil noch nicht festgelegt ist, welche Warengruppen in Frage kommen. Das alles zu regeln ist Aufgabe von Verhandlungen, die bereits in den nächsten Tagen beginnen werden. Das Provisorium ist also nur ein Rahmenvertrag, der nun erst noch durch weitere Verhandlungen ausgefüllt werden muß. Ob der französische Wunsch, bis zum 1. April fertig zu werden, in Erfüllung gehen wird, erscheint demgemäß sehr zweifelhaft.

Die brennende Frage bleibt eben nach wie vor die Behandlung der elsaß-lothringischen bzw. saarländischen Waren. Frankreich sieht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß beide Teilgebiete handels- und zollpolitisch als Teil des französischen Wirtschaftsgebietes zu behandeln sind, verlangt aber für die Produkte beider Gebiete von Deutschland Vorzugsbehandlung, ohne dafür zu einer Gegenleistung bereit zu sein. Angesichts der Tatsache, daß namentlich das Saargebiet seinen natürlichen Absatzmarkt nicht nach Westen, sondern im Osten, also in Deutschland, hat, ist dieses Verlangen überaus verständlich, durch die Abgabe fast erzwungen. Aber gerade darum bildet diese Frage den schwachen Punkt in der französischen Kampfsposition und wird auch bei den künftigen Verhandlungen die eigentliche Schwäche weiterhin bedeuten. Die Überlastung des französischen Marktes mit den Produkten der Schwerindustrie ist derart stark, daß man bereits vor längerer Zeit seine Zuflucht zur Betriebseinschränkung genommen hat; Versuche, den Weltmarkt für diese Produkte in größerem Ausmaß zu erobern, sind gescheitert, und die hochschutzzollpolitische Tendenz Frankreichs ist ein Fehlschlag, weil ein Schutz der Schwerindustrie angesichts ihrer modernen Organisation überflüssig ist und außerdem die Ausdehnung des Absatzes auf dem Binnenmarkt einfach nicht mehr möglich erscheint. Deswegen sind die Zölle in der Hauptsache auch als Kampfszölle bzw. als Gegenleistungssubjekte bei zollpolitischen Verhandlungen gedacht.

Die Verhandlungen zwischen uns und Frankreich werden also selbst nach Fertigstellung des Provisoriums fortgeführt werden und stehen daher vorläufig noch unter dem Druck, den Frankreich uns gegenüber durch seine Stellung im Ruhrgebiet auszuüben in der Lage ist. Dieser Druck hat ja auch zu dem schließlich nachgegebenen Deutschlands geführt, was im Provisorium deutlich zum Ausdruck kommt. In die Zeit der Verhandlungen über einen endgültigen Vertrag fällt nun aber jener Termin, an dem angeblich das Ruhrgebiet geräumt werden soll; bekanntlich haben MacDonald ebenso wie Herriot zugesagt, daß dieser Termin Anfang August sein soll. Hier liegt nun die Schwäche der deutschen Position. Wir sind ja über den Gang der verflochtenen Verhandlungen nicht im einzelnen unterrichtet worden und müssen daher lediglich aus den der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Vorgängen schließen, können aber schon aus diesen entnehmen, daß Frankreich die Schwäche der deutschen Position benutzt hat. Darum ist auch mit aller Gewißheit damit zu rechnen, daß bei den neuen Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebietes in irgendeiner Form als Kompensationsobjekt benutzt wird. Die außenpolitische Situation hat sich für uns ganz erheblich verschlechtert, weil die englischen Konservativen an irgendwelche Versprechungen MacDonalds sich nicht mehr binden. Die Sprache, die Herriot in den letzten Monaten gegen Deutschland führte, beweist aber auch, daß er selbst an das in London gegebene Versprechen kaum noch denkt. Das Beispiel der Räumung Kölns zeigt uns aber auch, daß man, um um jene Versprechungen herumzukommen,

Vor der Beisehung des Präsidenten.

Die Trauerfeier für Ebert.

Berlin, 2. März.

Das Trauerzeremoniell für den verstorbenen Reichspräsidenten steht nunmehr fest. Die

Trauerfeier der Reichsregierung

wird am Mittwoch nachmittag im Hause des Reichspräsidenten abgehalten werden. Reichszentraler Luther wird hierbei die Gedenkrede halten. Im Anschluß an diese Feier erfolgt unter militärischer Trauerparade die Überführung zum Potsdamer Bahnhof; der Weg des Trauerkondulgenz geht durch das Brandenburger Tor um das Reichstagsgebäude herum; dort findet vor dem auf der Rampe haltenden Leichenwagen eine

Abschiedskundgebung des Reichstages

statt, dessen Präsident Lobe den letzten Gruß der deutschen Volksvertretung überbringen wird. Dieser Trauerakt soll zugleich größeren Mengen der Bevölkerung Gelegenheit geben, dem toten Reichspräsidenten die letzten Grüße darzubringen. Darauf wird der Zug den kurzen Weg nach dem Potsdamer Bahnhof fortsetzen. Auf dem Platz vor dem Bahnhof wird ein Katafalk errichtet, auf dem der Sarg gehoben wird. Die Leiche des Reichspräsidenten wird hier etwa 1½ Stunden lang aufgebahrt bleiben. Die Abordnungen und das Publikum werden während dieser Zeit an der Leiche des verstorbenen Reichspräsidenten vorbeiziehen können. Sodann wird vom Potsdamer Bahnhof aus

die Überführung nach Heidelberg

erfolgen. Der Sonderzug, in dem sich die Angehörigen des verstorbenen Reichspräsidenten und eine große Anzahl von Reichs- und Staatsbeamten befinden werden, nimmt seinen Weg über Magdeburg, Krefeld und Kassel und trifft zwischen 6 und 7 Uhr morgens in Frankfurt am Main ein. In allen Stationen, an denen der Zug hält, beabsichtigen die republikanischen Verbände kurze Trauerkundgebungen zu veranstalten. In Frankfurt am Main ist eine größere Trauerkundgebung geplant. Der Reichspräsident, der auf die Einladung der Stadt Frankfurt zugestimmt hatte, einen Teil des Jahres seinen Wohnsitz dort zu nehmen, wird, nachdem dieser Plan durch sein Ableben zunichte geworden ist, auf seiner letzten Fahrt feierlich begrüßt werden. In Heidelberg trifft der Zug so zeitig ein, daß vormittags 10 Uhr die Beisehung auf dem Bergfriedhof stattfinden kann.

Die Beisehung in der Geburtsstadt

des Reichspräsidenten, in Heidelberg, wird unter Beteiligung zahlreicher bayerischer Behörden und Heidelberger Vereine erfolgen. Die Stadt Heidelberg hat auf dem Stadtfriedhof in der Nähe des Grabes der Mutter des Reichspräsidenten ein Ehrengrab bereitgestellt. Am Grab werden auf Wunsch der Familie nur drei Reden gehalten werden. Eine militärische Trauerparade ist in Heidelberg nicht möglich, weil Heidelberg innerhalb der rechtsrheinischen Zone liegt, in der nach dem Versailler Vertrag die Anwesenheit von Reichswehrformationen untersagt ist.

Trauertag in Preußen am 4. März.

Zur Behebung vielfach aufgetauchter Zweifel wird amtlicherseits mitgeteilt: Als Tag der Beisehung des Herrn Reichspräsidenten im Sinne der Verordnung des preussischen Staatsministeriums vom 28. Februar gilt Mittwoch, der 4. März. An diesem Tage sind entsprechend der genannten Verordnung öffentliche Musik, öffentliche Lustbarkeiten einschließlich der Kneipveranstaltungen, Schauspielvorstellungen einschließlich der Lichtspielvorführungen verboten. Anderslautende Auskünfte, die auf

Ausflüchte halb genug finden würde, die dann aus der selbstverständlichen Räumung des Ruhrgebietes eine französische Nachgiebigkeit zu machen scheinen.

Aber die bisher bewiesene deutsche Festigkeit bei den Verhandlungen hat immerhin einen gewissen Erfolg gezeigt und dies muß die Richtlinie darstellen auch für die künftigen Verhandlungen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Neue Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

Beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik sind Reichsgerichtsrat a. D. Maenner-Deych, Fabrikbesitzer Duhl-Keipzig, Rechtsanwalt v. Kraut-Stuttgart und Gewerbeaufsichtspräsident Dr. Engler-Karlruhe zu stellvertretenden Mitgliedern ernannt worden, während Regierungspräsident a. D. Fezer-Elmangen zum ordentlichen Mitgliede ausgerufen und dem bisherigen ordentlichen Mitgliede Staatspräsident a. D. Blos-Stuttgart die erbetene Entlassung erteilt worden ist. — Beim Reichsgericht ist Reichsgerichtsrat Friedrich Degg zum Senatspräsidenten ernannt worden.

Reichstagsitzung am 5. März.

Die nächste Reichstagsitzung, die ursprünglich am Montag stattfinden sollte, ist auf Donnerstag, den 5. März festgesetzt. Die Sitzung soll um 3 Uhr nachmittags be-

ginnen. Eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten in dieser Sitzung ist nicht vorgesehen.

Wer wird Reichspräsident?

Die Frage, wer das Erbe Eberts als Reichspräsident antreten soll, wird in politischen Kreisen eifrig erwogen. Zwar haben die Parteien noch keine Gelegenheit gehabt, zu der Frage der Nachfolgerschaft definitiv Stellung zu nehmen, immerhin tauchen schon einzelne Namen auf, die als Anwärter auf den Posten des ersten Beamten des Reiches genannt werden. So heißt es, daß die Sozialdemokraten den Reichstagspräsidenten Lobe oder den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Braun präsentieren würden, als demokratischer Kandidat wird der Hamburger Bürgermeister Peter sen genannt, die Zentrumspartei soll die Absicht haben, ihren Parteiführer Marx in das Reichspräsidentenpalais zu schicken. Als Kandidaten der Volkspartei werden der frühere Reichsminister des Innern Jarres und der Abgeordnete v. Kardorff genannt, während bei den Deutschen Nationalen sich noch keine bestimmte Persönlichkeit als Anwärter für den Präsidentenposten herauskristallisiert hat. Fest soll nur stehen, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg oder Macdonald, die schon früher einmal mit dem Posten des Reichspräsidenten in Verbindung gebracht wurden, nicht die Kandidatur von den Deutschen Nationalen übertragen werden soll. Bei allen diesen Namen handelt es sich, das sei nochmals betont, vorläufig nur um Gerüchte.

Innerhalb der Parteien sind bereits Bestrebungen im Gange, für die Wahl des Reichspräsidenten sich zu koalieren und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Wie es heißt, beabsichtigen sich einerseits die Rechtsparteien, also die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, für den Wahlkampf auf einen Kandidaten zu einigen, dem der Vertrauensmann der ehemaligen Weimarer Koalition, d. h. des Zentrums, der Deutschdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei, gegenüberstehen würde. Die größten Ausichten, mit diesem Posten betraut zu werden, soll Reichszentraler a. D. Marx haben, dessen Wahl von einem Teil der Zentrums- und der demokratischen Zeitungen bereits propagiert wird, während ein Name für den gemeinsamen Kandidaten der Rechtsparteien noch nicht laut geworden ist. Alle Vorbereitungen für den Wahlkampf befinden sich indes noch im Anfangsstadium; doch werden die nächsten Tage schon größere Klarheit bringen, denn der Kampf um die Nachfolge Eberts soll noch im April ausgefochten werden.

Ebert, Stresemann und Stinnes.

In einem in der Zeitung Die Zeit veröffentlichten Gedenkartikel nennt Außenminister Stresemann den verstorbenen Reichspräsidenten eine der ganz wenigen starken Persönlichkeiten in Deutschland, die berufen waren, bei großen Zukunftsentscheidungen mitzuwirken. Dann heißt es weiter: „Hugo Stinnes, der die große Entscheidung kommen sah, war es, der sich mit aller Entschiedenheit dem Geboten in den Weg warf, in dieser Zeit — es war die Zeit, in der Eberts erste Amtszeit abgelaufen und die Frage der Neuwahl eines Reichspräsidenten zur Erörterung stand — den Kampf um die Präsidentschaft zu entfesseln. Er stellte dem Reichspräsidenten Ebert vor, daß er das Opfer bringen müsse, in diesem Moment unter allen Umständen zu bleiben, auch wenn er deshalb Mißdeutungen ausgesetzt sein sollte. Wir haben es dem Reichspräsidenten hoch angerechnet, daß er sich diesem Verlangen von Parteien, die kaum gewillt waren, ihn selbst zu wählen, nicht verschlossen habe. In allen Fragen fühlte sich der Reichspräsident nicht als Parteimann, sondern glaubte stets, zum Besten des ganzen Landes beizutragen.“

ginnen. Eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten in dieser Sitzung ist nicht vorgesehen.

Vertagung des preussischen Barmat-Ausschusses.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zur Prüfung der Barmat- und Krutitzer-Affäre, der am 2. März zu einer Sitzung zusammentrat, beschloß mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten, sich für unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Festsetzung der nächsten Sitzung wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Italien.

Die Marinnachrichten über Mussolinis Gesundheitszustand wollen nicht verstummen und werden dadurch immer glaubwürdiger, daß die Mussolini behandelnden Ärzte, u. a. der Leibarzt des Papstes, sich weigern, einen bestimmten Zeitraum anzugeben, an welchem Mussolini die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen können wird. Mussolini soll nicht an einer leichten Grippe leiden, sondern von einer ernsten Krankheit befallen sein, die möglicherweise einen tödlichen Ausgang nehmen kann. Am Sonntag war das Gerücht verbreitet, daß

Mussolini einen Schlaganfall erlitten habe. Doch machen auch allerlei andere Gerüchte die Kunde, so, daß Mussolini an den Folgen einer Schußverwundung leide, die ihm der italienische Kronprinz beigebracht hätte. Dieses Gerücht wird auf die Zwistigkeiten Mussolinis mit dem Kronprinzen zurückgeführt.

Schweden.

× Die Beisetzung Brantings. Der Leichnam des vor kurzem gestorbenen schwedischen Sozialistenführers Branting wurde am Sonntag unter starker Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Bei der Trauerfeierlichkeit waren der König, der Kronprinz, die Prinzen des königlichen Hauses und das schwedische Staatsministerium anwesend. Die norwegischen und dänischen Gesandten vertraten ihre Könige. Der Sarg wurde in der Familiengruft beigesetzt. Der schwedische Staatsminister, der deutsche Sozialistenführer Wels und der Franzose Renaudot hielten Ansprachen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat beschlossen, eine Friedrich-Ebert-Stiftung zu errichten.

Leipzig. Es verlautet hier, daß wegen der Ausweisung des Rechtsanwaltes Dr. Samter gegen den Senatspräsidenten Dr. Niedner Strafanzeige erstattet worden sei.

Bern. Der Schweizerische Bundeskanzler Adolf Steiger ist im 67. Lebensjahre plötzlich gestorben.

Madrid. Die Polizei hat 12 Personen verhaftet, die das Zentralkomitee einer in ganz Spanien und dem Auslande verbreiteten revolutionären Bande darstellten.

Die „Verfehlungen“ Deutschlands.

Übergabe des Kontrollberichts an die Völkerverkonferenz.

Die Völkerverkonferenz tritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Inzwischen hat das Versailler Militärkomitee ein Gutachten über den Kontrollbericht fertiggestellt und darüber eine besondere Note ausgearbeitet, die den Mitgliedern der Völkerverkonferenz und den Vertretern der alliierten Regierungen übergeben wurde. Marschall Foch wird an der Sitzung der Völkerverkonferenz teilnehmen. Die hauptsächlichsten Punkte des Gutachtens lassen sich nach Pariser Pressemeldungen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Auf dem Gebiet der Fabrikation deutschen Kriegsmaterials hat die Kontrolle ergeben, daß einzelne Fabriken geheime Abteilungen enthielten, in denen Maschinen für die Herstellung von Geschützen, schweren Kalibern verfertigt wurden; es seien gegenwärtig noch Maschinen vorhanden, die zwar zur Herstellung von ungefährlichem Material benutzt werden, jederzeit aber für die Bedürfnisse der Kriegführung umgestaltet werden könnten.

2. Auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung habe die Kommission festgestellt, daß die Schulpolizei zahlreiche Rekruten und Freiwillige ausgebildet habe, die im Mobilisationsfall den Rahmen für eine große Armee zu bilden in der Lage seien. Deutschland habe auf diese Weise bereits etwa 200 000 vollausgebildete Offiziere für einen künftigen Krieg zur Verfügung.

3. Der große Generalstab, dessen Auflösung vorgeschrieben sei, sei auch jetzt noch vorhanden und entfalte seine volle Tätigkeit.

Wenn wird endlich Deutschland von diesen Verfehlungen offiziell in Kenntnis gesetzt werden, damit es zu ihnen Stellung nehmen kann?

Der Trauertag des Volkes.

Gefallenen-Gedenkfeiern im Reiche.

Der Gedenktag für die Gefallenen ist im ganzen Reiche in der würdevollen Weise gefeiert worden. In der Reichshauptstadt fanden sieben große Gedenkfeiern statt. An der Hauptfeier, die im Plenarsitzungssaal des Reichstages veranstaltet wurde, nahm, mit dem Reichskanzler Dr. Luther an der Spitze, das ganze offizielle Berlin teil. Die Gedenkfeier, der ein Nachruf für den verstorbenen Reichspräsidenten vorausgeschickt wurde, hielt der Präsident des Volksbundes für die Kriegsgräberfürsorge Pfarrer Siemz. In München fand in der Universität ein feierlicher Trauertag statt. Magdeburg ehrte die Toten durch eine erhebende Gedächtnisfeier auf dem Domplatz. In Karlsruhe und in Hannover versammelten sich auf den Kriegerfriedhöfen gewaltige Menschenmengen zu eindrucksvollen Gedenkfeiern. Ähnlich lauten die Nachrichten über die Kundgebungen in Thüringen, in Dessau, in Hamburg, Leipzig, Königsberg i. Pr., Stuttgart usw. Im Ausland veranstalteten die deutschen Kolonien Gedenkfeiern, so vor allem in Rom.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß aus unseren auf den westlichen Schlachtfeldern anwesenden

2900 Friedhöfen infolge der später verfüigten „Zentralfation“ 165 geworden sind. Von den auf französischem Boden gefallenen 900 000 Deutschen sind 225 000 als unbekannt in Massengräbern beigesetzt; etwa ebensoviel Tote sind überhaupt nicht aufgefunden worden.

Die Eröffnung der Leipziger Messe.

Leipzig, 2. März.

Die Technische Messe ist Sonnabend offiziell eröffnet worden. Die Eröffnung der neuen Halle für die Werkzeugmaschinenindustrie machte den Anfang. Es folgten gestern die Eröffnungen der unterirdischen Meßhalle, der Fördermesse und der Schuh- und Ledermesse, der größten, die die Welt bisher wohl gesehen hat. Den vorläufigen Abschluß bildete die Eröffnung der Messe der Wärme- und Energiewirtschaft. Daran schloß sich ein Presseempfang durch das Leipziger Messeamt.

Die Hoffnungen auf einen günstigen Verlauf der Messe sind groß. Der heutige erste Geschäftstag sah auf der Technischen Messe mehr als 80 000 Besucher. Auf der Textilmesse sollen bereits bedeutende Abschlüsse erfolgt sein. Vorzugt werden Waren niedriger und mittlerer Preislage. Auch Küchengeräte, Porzellane und Lederwaren finden willige Abnehmer. Die Befürchtung, daß der Tod des Reichspräsidenten den Umsatz ungünstig beeinflussen werde, darf schon jetzt als grundlos bezeichnet werden.

Aufgerufene Reichsbanknoten.

Keine Aufwertung der alten Banknoten.

Das Reichsbankdirektorium ruft auf Grund des § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt Teil II S. 235) alle Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits aufgerufen sind, zur Einziehung auf.

Mit dem Ablauf des 5. Juni 1925 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum 5. Juli 1925 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung geben oder in dem gemäß § 3 Abs. 3 des Bankgesetzes vorgeschriebenen Verhältnis, wonach eine Billion Mark durch eine Reichsmark zu ersetzen ist, gegen gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen. Mit diesem Zeitpunkt werden die aufgerufenen Banknoten kraftlos, und es erlischt damit auch die Einlösungspflicht der Reichsbank.

Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen nur in Gebünden und in einem durch 10 Milliarden teilbaren Betrage eingereicht werden. Die Gebünde sollen nach dem im Geldverkehr üblichen Gebräuchen formiert und gepackt sein.

In einigen Kreisen des Publikums ist die Auffassung vertreten, daß die Reichsbank ihre vor oder während des Krieges ausgegebenen Noten zu einem höheren Werte als dem Nennbetrag freiwillig einlösen werde oder hierzu gezwungen werden könne.

Diese Auffassung ist irrig. Gemäß § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt Teil II, S. 235) hat der Umtausch der alten Reichsbanknoten nach dem Verhältnis: eine Billion gleich eine Reichsmark zu erfolgen. Irigendwelche Anträge oder Anmeldungen auf Aufwertung alter Reichsbanknoten sind daher zwecklos. Auch muß nachdrücklich vor dem Beitritt zu Verbänden gewarnt werden, die sich zur Aufwertung des sogenannten Vorkriegsgeldes gebildet haben, da deren Tätigkeit, wie sich aus dem vorstehenden ergibt, keinerlei Aussicht auf Erfolg bietet.

Tagung der preuß. Haus- und Grundbesitzer.

Berlin, 2. März.

Eine außerordentliche Delegiertentagung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine fand in Berlin statt. Annähernd 500 Delegierte aus allen Teilen des Landes und des Reiches waren dazu erschienen. Der Vorsitzende Abg. Labandorff wies auf die zu erörternden brennenden Fragen hin, brennend um so mehr, als ein Teil der Hausbesitzer nicht mehr in der Lage sei, seine Steuern zu zahlen. (Sört, förl!) Hierauf überbrachte Reichstagsabgeordneter Veythien (D. Bp.) Grüße der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Er brachte zum Ausdruck, daß das deutsche Volk sich mehr und mehr abwidere von der bisherigen Politik der letzten fünf Jahre. Wir kehren zurück zur Führung der Politik im bürgerlichen Sinne. (Lebhafter Beifall.) Der Hausbesitz in Stadt und Land müsse erhalten bleiben und der Wohnungsnot endlich gesteuert werden. Das Reichsmietengesetz habe nicht die erhoffte Regelung gebracht. Auch das Mieterkündigungsgesetz in seiner Minorität nicht bestehen bleiben. (Beifall.) Von

einer geregelten Variabilität hänge das Wohl des deutschen Volkes wesentlich ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Sörffgen (Wirtsch. Bgg.) betont, er und seine Fraktion werden alles daransetzen, den berechtigten Forderungen des Hausbesitzes Geltung zu verschaffen. Die ganze Wohnungswirtschaft sei nichts anderes als der Versuch, die Privatwirtschaft zu befeuern. Das würde aber die Verschlagung unserer gesamten Kultur bedeuten. Abg. Verkeimer (D. Bp.) überbringt die Grüße der Landtagsfraktion der D. Bp. und tritt gleichzeitig für Aufhebung der Zwangswirtschaft und Befreiung des Reichsmietengesetzes ein. Landtagsabgeordneter Hartmann (Dem.) dankt für die Einladung seiner Fraktion. Er stimme den Ausführungen des Abg. Veythien dahingehend zu, daß Änderungen der Wohnungsgesetzgebung nur im Interesse des Gesamtwohles erfolgen dürften. Beide Teile müssen leben können. In der Frage der Aufwertungsgesetzgebung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der eine einheitliche abschließende Regelung der Aufwertung unter Schonung der Haus- und Grundvermögenssubstanz und unter Ausschluß einer höheren Aufwertung als 15 % gefordert wird.

Am zweiten Verhandlungstage sprach zunächst Otto Menz, der folgendes ausführte: Die Gesetze über das Wohnungswesen seien von Persönlichkeiten gemacht worden, die auf ihr Parteiprogramm eingeschworen wären, aber von der praktischen Wohnungsbewirtschaftung nicht allzu viel verstanden. Dies bedinge die kurze Lebensdauer aller dieser Gesetze. Der seit drei Jahren angeordnete Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sei nichts als ihr beginnender Zusammenbruch. Von einer Miete im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches sei heute überhaupt keine Rede. Seit 1924 sei der Hauswirt lediglich der unbezahlte Steuerbühel des Staates. Die restlose Wiederaufhebung des Bodenpfandgesetzes sei notwendig. Die Parlamente müßten mit positiven Maßnahmen vorgehen, damit der Grundbesitz wieder Herr im eigenen Hause sei. Reichstagsabgeordneter Steiniger meinte, daß Sturm gelaufen werden müsse gegen die Hauszinssteuer.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 4. März 1925.

□ Vor einer Mäuseplage. Dieser Winter, der eigentlich gar kein Winter war, seine Frühlingswärme und vor allem seine Trockenheit haben bekanntlich neben jenen erfreulichen Eigenschaften wie Schonung von Schützen und Kleibern, Ersparungen an Pelz- und Winterüberkleidern usw. auch gar viel Unangenehmes. Die überwiegend frost- und schneelose Witterung hat sich namentlich für die Landwirtschaft in recht ungünstiger Weise ausgewirkt. Einmal hat während der letzten Monate vielfach eine ungenügende Durchfeuchtung des Bodens stattgefunden, vor allem aber hat das milde Winterwetter die Vermehrung des Ungeziefers, insbesondere auch der Mäuse, sehr begünstigt. Aus vielen Gegenden Deutschlands wird gemeldet, daß dort beunruhigend zahlreiche Feldmäuse aufgetreten sind. Eine Mäuseplage würde aber zugleich eine ernste Gefahr für die Saaten und später für die Ernte bedeuten.

Halver, 2. März. Am Samstagabend fand im Lokale Hedmann die erste konstituierende Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Halver des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und hob dessen große Verdienste um das Deutsche Volk und die Deutsche Republik hervor. Erst eine spätere Generation könne diese Verdienste in ihrem ganzen Umfange erkennen und würdigen. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. In Erledigung der Tagesordnung wurde sodann der Vorstand endgültig gewählt und beschlossen an den in der nächsten Zeit stattfindenden Veranstaltungen des Bezirks und Gauwes teilzunehmen. Mit einem Hoch auf die Deutsche Republik schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Halver, 3. März. Der Dilettantenverein „Hohenjollern“ hielt am verfloffenen Sonntag in seinem Vereinslokale eine Dringlichkeitsversammlung ab. Es wurde beschlossen, auch an seinem Teile dazu mitwirken zu wollen, daß das in Aussicht genommene Ehrenmal für die im Weltkrieg gefallenen Helden verwirklicht zu werden. Zu diesem Zwecke soll nach Ostern ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet werden. Bei demselben kann mit Rücksicht auf die guten Darbietungen des Vereins wie auch mit Rücksicht auf den guten Zweck eine zahlreiche Beteiligung erwartet werden.

Halver, 3. März. In der am verfloffenen Samstag im Vereinslokale „Zum Jägerhaus“ stattgefundenen Monatsversammlung des Kaninchenzüchter-

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

36) (Nachdruck verboten.)

„Ein appetitisches Frauenzimmerchen!“ dachte schmunzelnd der graubärtige, breitschultrige Herr Kiefling, dessen gutmütiges, gebräuntes Gesicht auf den ersten Blick den Landmann verrät. „Donnerstag — und die braunen Augen, die gehen einem durch und durch, und die mollige, nette Figur — und so einen kräftigen, ehrlichen Händedruck hat das Mädel!“

Er wunderte sich, wie verträumt sein Fritz die Gräfin begrüßte und wie gewandt er die Damen an ihre Plätze geleitete. In der „guten Stube“ sollte der Kaffee getrunken werden. Feierlich hatte Frau Kiefling vor dem Mittagessen schon dazu gedeckt. Das beste Kaffeegehirr, das beste Silber prangte auf dem blendendweißen Tuche. Ganze Berge von Kuchen standen da — Kirschkuchen, Mandel- und Streuselkuchen, Sanktorie, zwei große Kristallschalen voll Schlagrahm. Im Vorgeschnack dieser Genüsse glitt Franzes Zungenspitze über die Lippen — na ja, das wußte sie bereits, bei Kieflings kam man nicht zu kurz — da brauchte man, wenn man eingeladen war, acht Tage vorher und acht Tage nachher beinahe nichts zu essen.

Ihre stinken Augen bemerkten drei Gedecke mehr; es wurden also noch Gäste erwartet. Wer war das wohl?

Nach diesem Nötigen — Frau Pfarrer mußte den Ehrenplatz auf dem bunten Plüschsofa einnehmen, über dem die Bilder des Kaisers und der Kaiserin prangten und darunter eine große Photographie des Sohnes als Einjähriger — hatte jedes seinen Platz eingenommen. Da hörte man das Rollen eines Wagens.

„Jetzt kommen sie!“ sagte Frau Kiefling. „Fritz, du gehst wohl mit Vatern hinaus! — Wir erwarten nämlich noch Süberleiths aus Kleinreinsdorf.“

„Aber bitte, Frau Kiefling, wollen Sie nicht auch Ihre Gäste mit in Empfang nehmen? Bitte, genießen Sie sich unsern Weggen durchaus nicht!“ bemerkte Frau Pfarrer Mahlers, die sah, daß Frau Kiefling wie auf heißen Kohlen saß.

Die Gutsbesitzerfrau ließ diese Aufforderung nicht noch einmal wiederholen, sie sprang auf und eilte hinaus.

„Du, jetzt weiß ich's!“ flüsterte Franzes aufgeregt der Mutter zu. „Selma Süberleith und Fritz sollen ein Paar werden. Heute ist Brauttag, und daß es nicht so auffällt, hat man uns mit eingeladen! Daher auch der Aufwand hier, denn wegen uns allein hätte Frau Kiefling nicht das gute Silber herausgenommen!“ — Selma ist einziges Kind. Das große Gut — die Aeder stoßen zum Teil aneinander. Mutti, gib acht, das wird was — ein feines Geschäft.“

„Sei doch nicht so aufgeregt, Franzes! Vielleicht hast du aber recht! Na, wir werden ja sehen! Uns geht es ja nichts an!“

„Nein, uns geht es gar nichts an! Nur die Selma kann ich nicht leiden! Sie hat so was Profiges. Fritz ist für die wirklich zu schade!“

Wenn die Frau Pfarrer nicht ganz genau gewußt hätte, daß Franzes Interesse an Fritz nur Freundschaft war, so hätte sie wohl unruhig werden können, aber sie kannte ihr neugieriges Stiefkinderchen, das in der Dorfeinsamkeit begierig nach jeder Neuigkeit schnappte.

Annelies saß still da. Sie wußte, die Worte der Freundin galten in der Hauptsache ihr. Es hätte deren heimlichen Aneifers nicht erst bedurft. Mit gespannter Aufmerksamkeit blickte sie den drei soeben Eintretenden entgegen, die das ganze Zimmer füllten durch Gestalt und Rede, so wichtig und selbstgefällig und laut waren sie.

Mit etwas naiver Neugierde wurde das ihnen vorgestellte „Fräulein Gräfin“ in Augenschein genommen, und Fräulein Selma Süberleith spitzte noch einmal so geizig den Mund wie vorher, als sie neben Annelies Platz nahm. Ein wenig wegwerfend musterte sie mit ihren hellen vorstehenden Augen deren Anzug — es war ein weißes, einfaches Reinenkleid — und sie fühlte sich in ihrem schweren blauen Taftkleide mit der dicken goldenen Uhrkette und den mit Brillanten besetzten goldenen Armbändern um die Handgelenke sehr wichtig und imponierend.

Eine Gräfin — und nicht in Seide, ohne jeden Schmuck außer der Aernadel am runden Halsba-

schnitt der Bluse! — Das mußte eine sehr armselige Gräfin sein, auch schon darum, weil sie bloß im Pfarrhause wohnte!

Im Bewußtsein ihres Reichtums schätzte Fräulein Süberleith nur die Leute, die ebensoviel oder noch mehr besaßen als sie.

Neben ihrer statischen Mutter in schwarzer Seide, die gewichtig den leeren Sopaplast neben der Frau Pfarrer ausfüllte, verschwand letztere beinahe. Aber mit Gewandtheit und herzagewinnender Liebenswürdigkeit leitete Frau Mahlers die allgemeine Unterhaltung ein. Gebulbig hörte sie einen langatmigen Bericht ihrer Sofanachbarin über die Unverschämtheit und Untüchtigkeit der neuen Mansell an, die gleich nach der Ernte wieder fliegen sollte. Jetzt allerdings war man ja genötigt, sie zu behalten! Da man doch keine ordentlichen Leute mehr kriegte! Ja, es sei schrecklich, und immer noch müsse man selber mit 'ran, obwohl man es nicht nötig habe, wie eine Magd zu arbeiten. Aber die Frau Kiefling mache es ja genau so. Doch die habe wenigstens Aussicht, durch eine Schwieger Tochter entlastet zu werden, sobald sie nur wolle. Der Herr Fritz sei doch nun vom Militär frei und könne heiraten. Dazu lachte Frau Süberleith ein hartes, bröckelndes, wissendes Lachen, während sie auf ihre Tochter blickte, die mit schlecht gespielter Harmlosigkeit in ihrer Tasse herumrührte, dabei den kleinen Finger, an dem ein großer Brillantring blühte, weit abspreizend.

Fritz fing den sonderbaren Blick von Annelies auf, halb schmerzlich und halb spitzbübisch. Er wurde vor Ärger feuerrot und sah so schnell und häufig seinen Kirschkuchen, daß er sich verschluckte und stark husten mußte.

Franzes kicherte. „Ach, Fräulein Süberleith, klopfen Sie doch dem Ärmsten mal den Rücken, damit er nicht erstickt!“

Fortsetzung folgt

Schon früher erfolgte Ablehnung von dergl. Anträgen kann Vertretung auch in diesem Falle keine Genehmigung erteilen.

Außerhalb der Tagesordnung wurde von Seiten des Betr. Bremder auf die Wohnungsnot verwiesen und angeregt ein Doppelhaus für 4 Wohnungen zu errichten, die nicht durch Vermietung gedeckten Kosten durch Zuschläge zur Hauszinssteuer zu beschaffen. Aus der Mitte der Vertretung wurde die Beschaffung der Mittel auf diesem Wege als nicht durchführbar zurückgewiesen, da nur ein Bruchteil der Gemeindeglieder dadurch herangezogen würde und andererseits der Hausbesitz diese Lasten zu tragen nicht in der Lage sei. Auch diese Verhandlungen wurden vorerst ausgelegt, um Unterlagen zu beschaffen.

Vertreter Mühlen fragt an, ob der Gemeindevorstand Schritte bei der Reichsbahndirektion unternommen habe, zwecks Einlegung eines Spätjuges. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Verbindung mit den in Frage kommenden Stellen Verhandlungen gepflogen, aber in dieser Beziehung noch keine Resultate erzielt seien. Als sicher sei anzunehmen, daß der Zug morgens 9 Uhr ab Halver nach Brügge in Brügge Anschluß an den einzulegenden Güterzug 9,26 Uhr ab Brügge—Hagen erhalten werde. Die Verhandlungen würden fortgesetzt, ebenso durch den Fabrikantenverein, wie auch von der Handelskammer. Hieran schloß sich eine vertrauliche Sitzung.

Konferenz der westdeutschen Handwerkskammern.

Am 16. Februar fand in Saarbrücken eine Konferenz der 13 westdeutschen Handwerkskammern statt, die sich vor allem mit der Aufwertungsfrage, der Lehrlingshaltung im Baugewerbe, der Frage der Handwerkerkredite, der Reichshandwerksordnung und der Regiebetriebe der Großindustrie befaßte.

Eine einheitliche Stellung in der Aufwertungsfrage konnte nicht eingenommen werden, da das Handwerk sowohl als Gläubiger wie als Schuldner an der Frage beteiligt ist; man war sich darüber einig, daß eine neue gesetzliche Regelung unbedingt eine höhere Aufwertung besonders auch zur Linderung der Not der kleinen Sparer vorsehen müsse. Dem Lehrlingsmangel im Baugewerbe soll durch Zuhilfenahme einer größeren Anzahl von Lehrlingen für den einzelnen Meister und durch eine größere Freizügigkeit der Lehrlinge abgeholfen werden. Bezüglich der Kreditfrage ist der Vorort Düsseldorf bei den Parteien vorstellig geworden, mit der Bitte sich für eine Kreditaktion nach bayrischem, württembergischem und badischem Vorbild einzusetzen. Ueber den Entwurf einer Reichshandwerksordnung, über den die Herren Syndikus Schröder-Wiesbaden und Dr. Peters-Düsseldorf referierten, gingen die Meinungen auseinander, ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da demnächst erst die Reichshandwerksordnung zur Besprechung gestellt werden soll, wenn deren Vertraulichkeitscharakter aufgehoben ist. Besonders lebhaft wurde über das Gebahren eines rheinisch-westfälischen Verbands-Wasserwerkes geführt, das zum Verkauf und zur Ausstellung von Artikeln aus der Installationsbranche übergegangen ist. Es soll über die Frage der Regiebetriebe in allen Bezirken Material gesammelt und dem deutschen Handwerks- und Gewerbe-

kammerstag zur Verfügung gestellt werden. Aus den Verhandlungsgegenständen ist noch hervorzuheben, daß der Kammerstag sich dafür einsetzen will, die Berufungsgrenze beim Gewerbegericht von 300,— Mark auf den Friedensstand von 100,— Mark herabzusetzen.

Kleine Nachrichten.

Trauerfeier des Preussischen Landtages.

Berlin, 2. März. Der Preussische Landtag wird am Dienstag nachmittag eine Sitzung abhalten, die dem Gedächtnis des Reichspräsidenten gewidmet ist. Die Ansprache wird Landtagspräsident Bartels halten. Am Dienstag der nächsten Woche wird die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen.

Beginn der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 2. März. Heute begannen hier die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Staatssekretär Dr. Lewald geführt. Die Verhandlungen sollen bis zum 31. März zu einem endgültigen Abschluß gebracht werden.

Beileid der Deutschen Reichstagsfraktion.

Berlin, 2. März. Die Deutsche Reichstagsfraktion hat der Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ihr Beileid ausgesprochen.

Ausfall der Berliner Börse am Mittwoch.

Berlin, 2. März. Aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten am Mittwoch wird die Berliner Börse ausfallen.

Die Kreditnot des gewerblichen Mittelstandes.

Berlin, 2. März. Der Reichswirtschaftsminister hat die zuständigen Verbände des Handels und des Einzelhandels, den Deutschen Genossenschaftsverband, die für den gewerblichen Kredit maßgebenden Stellen, sowie die beteiligten Reichs- und Landesbehörden zu einer Besprechung geladen, um mit ihnen die Ursachen der Kreditnot und Maßnahmen zu deren Abhilfe zu beraten.

Erste deutsche Hygienemesse in Berlin.

Berlin, 2. März. Die erste Allgemeine Deutsche Hygienemesse und -ausstellung, die vom Berliner Messeamt gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Messen der medizinischen und hygienischen Industrie veranstaltet wird, wurde im Hause der Funkindustrie auf dem Berliner Ausstellungsgelände Kaiserdamm eröffnet. Der Vorsitzende des Vereins wies auf die große Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der Industrie und der medizinischen Wissenschaft hin.

Eine neue Warnung an den Völkerverbund.

Danzig, 2. März. Zu der schweren Explosionskatastrophe im Hafen von Rio de Janeiro warnt die Danziger Zeitung vor dem vom Völkerverbund gebilligten Plan, im Danziger Hafen in nächster Nähe menschlicher Siedlungen und technischer Anlagen ein polnisches Munitionslager zu errichten. Die verheerenden Wirkungen, die die Katastrophe von Rio de Janeiro im Gefolge gehabt habe, zeige mit furchtbarer Deutlichkeit, daß die Schutzmaßnahmen, die man auf der Westfront treffen wolle, keine ausreichende Sicherung bieten könnten.

Mißglückter Umsturzversuch in Argentinien.

Paris, 2. März. Wie den Blättern aus New York gemeldet wird, berichtet ein Telegramm aus Buenos Aires, daß argentinische Offiziere versucht hätten, in der Stadt eine reaktionäre Bewegung hervorzurufen. Der Versuch sei infolge der Haltung der regierungstreuen Truppen gescheitert. Im Verlaufe eines Schermüßels seien Schüsse gewechselt, ein Soldat getötet und mehrere verletzt worden. Die Ruhe soll wiederhergestellt sein.

Bombardement von Djedda.

London, 2. März. Nachrichten aus Djedda zufolge haben in den beiden letzten Tagen weitere Bombardements stattgefunden.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 2. März.

* **Börsenbericht.** Aufwärts lagen in so geringer Anzahl vor, daß diese eine Neubelebung des Börsengeschäfts nicht herbeiführen konnten, namentlich verhält sich das Publikum weiter äußerst zurückhaltend und die geringe Geschäftstätigkeit wird fast ausschließlich von der Spekulation bestritten. Bei der geringen Aufnahmefähigkeit des Marktes genügt oft schon unbedeutende Abgaben, um die betreffenden Kurse zu drücken, die Gesamthaltung der Börse konnte man als überwiegend schwächer bezeichnen, nur ganz vereinzelt konnten Papiere mäßige Kursgewinne erzielen. Anländische Anleihen waren vernachlässigt, Kriessanleihe ging auf 0,64 zurück. Tägliches Geld stellte sich auf 9—12 %, Monatsgeld auf 10—13 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,01 bis 20,06; holl. Gulden 167,69—168,11; Danz. 79,32—79,52; franz. Franc 21,54—21,60; belg. 21,09—21,15; schwed. 80,71—80,91; italien. 16,95—16,99; schwed. Krone 113,03 bis 113,31; dän. 75,01—75,19; norw. 64,02—64,18; tschech. 12,43—12,47.

* **Vor einer Aufhebung der Ausfuhrverbote für Häute und Felle?** Die deutsche Regierung ist mit den Regierungen der Tschechoslowakei, von Österreich, von Ungarn und von Italien in Verbindung getreten, um eine baldige wechselseitige Aufhebung der Ausfuhrverbote für Häute und Felle herbeizuführen.

* **Produktbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	2. 3.	27. 2.		2. 3.	27. 2.
Weiz., märk.	258-266	255-263	Weizf. f. Brl.	14,4-14,5	14,5-14,6
pommercher	—	—	Moatl. f. Brl.	14,7-14,8	14,7-14,8
Wog., märk.	250-255	250-255	Raps	390	390
pommercher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Wittor.-Erbf.	27-32	27-32
Futtergerste	215-235	215-238	fl. Speiseerb.	20-22	20-22
Braugerste	252-265	252-265	Futtererb.	19-21	19-21
Safer, märk.	186-193	186-193	Beluschen	18-19	18-19
pommercher	—	—	Ackerbohnen	19-21	19-21
westpreuß.	—	—	Widen	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,2-13,7	12,2-13,7
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Wln. fr. infl.	—	—	Erbsen	14,2-16,5	15,2-16,5
Erd. (feinf.)	—	—	Rapskuchen	17,8	17,8
Mrt. h. Not.)	35,5-37,7	35-37,2	Leinfuchen	23,3-23,4	23-23,5
Roggenmehl	—	—	Trodenschl.	9,2-9,4	9,2-9,4
p. 100 Kil. fr.	—	—	ov. Zuchsch.	—	—
Wln. fr. infl.	—	—	Torfm. 30/70	9,4-9,5	9,5
Erd. (feinf.)	35-37,2	35-37,2	Kartoffelsf.	19,8-19,9	19,8-19,9

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 2. März. Auftrieb 637 Stück Großvieh, darunter 27 argentinischer Herkunft — schwedischer Herkunft, davon 279 Ochsen, 68 Bullen, 270 Färsen und Kühe, 20 Fresser, 3171 Schweine, 612 Kälber, 84 Schafe. Preise für 50 kg Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 56—59, b. 53—55, c. 40—46, d. 30—38. Bullen a. 52—56, b. 44—48, c. 34—38. Fresser u. Kühe a. 56—58, b. 52—54, c. 40—50 d. 30—36 e. 18—28 Jungvieh a. 30—40. 2. Kälber a. gestrichen b. 75—80, c. 65—70, d. 55—60, e. 40—50. 3. Schafe. Stallmaßschafe: a. —, Weidemaßschafe: a. 35—45, b. 20—30. 4. Schweine a. 35—45, b. 64—65, c. 62—64, d. —, e. 55—60, f. 50—59, davon — argentinischer Herkunft. Tendenz des Marktes: Großvieh langsam, Kälber und Schweine mittleres Geschäft. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz. In der vergangenen Woche wurden aus dem Auslande eingeführt: 596 Schweine, 360 Kälberviertel und 79 Rinder.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die uns erwiesene innige Teilnahme und die zahlreichen Krankschenden beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Familie J. Schneider
Familie Battenfeld.

Halverscheid, 3. März 1925.

Aufgebot.

Der Fabrikarbeiter Ernst Fischer zu Höferhof bei Kierspe, vertreten durch Rechtsanwalt Kaulf zu Meinerzhagen, hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Kierspe Band 7 Artikel 26 in Abteilung III unter Nr. 4 für den Kaufmann Karl Homringhausen zu Kierspe eingetragenen Hypothek von 850 Mk beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 28. Juni 1925 vormittags 10 Uhr vor dem Unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Meinerzhagen, 28. Febr. 1925.

Preussisches Amtsgericht.

Kierspe.

Die öffentlich meistbietende Verpachtung der in 9 Bezirke eingeteilten Jagdgründe der Gemeinde Kierspe findet am **Sonnabend, den 28. März 1925** nachm. 4 Uhr in der Kaiserhalle des Berliner-Hofes in Kierspe statt.

Die der Verpachtung zu Grunde liegenden Bedingungen sowie der Beschluß über die Bildung der einzelnen Jagdbezirke liegen vom 5.—18. März im Zimmer 4 des Amtshauses zu Kierspe zur Einsichtnahme der Jagdgenossen offen. Jeder Jagdgenosse kann gegen die Pachtbedingungen während der Auslegungsfrist Einspruch beim Kreisaußschuß in Altena erheben. Druckfönde der Bedingungen können vom 20. März an gegen eine Gebühr von 1,50 Mk. für das Stück vom Amt Kierspe bezogen werden.

Loh bei Kierspe, den 2. März 1925.

Der Jagdvorsteher:
Lange.

Moderne DAMEN- MÄNTEL

in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen empfiehlt

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Aufbauklasse

Oberrealschule in Wipperfürth.

Die Anstalt nimmt Schüler nach 7-jährigem erfolgreichen Besuch der Volksschule auf und führt sie in 6 Jahren zur Oberrealschulreife.

Schulbeginn: 22. April 1925.

Aufnahmeprüfung: 30. und 31. März vorm. 8.30 Uhr im Lehrerseminar.

Den Anmeldungen müssen der Geburtschein und das letzte Schulzeugnis beigelegt werden.

Anfragen über die Aufbauschule und die Unterbringung der Schüler beantwortet

Studiendirektor Dr. Engels.

W a s c h f ö r b e

Wilh. Bell jr., Halver.

Baustellen

in schöner Lage und jeder Größe an ausgebauter Straße zwischen

Kierspe-Bhf. u. Dorf

billig bei günstig. Zahlung zu verkaufen.

Bauzweifabrik

G. m. b. H.

Kierspe.

Büstenkarten liefert schnellstens

Druckerei Wilh. Bell jr.

Allg. Ortskrankenkasse der Gemeinde Halver.

Ausschreibung

am Samstag, den 7. März nachm. 4.30 Uhr im Lokal Fasbender:

Tagesordnung:

Abnahme der Jahresrechnung.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Burschen, Mädchen und Frauen

für leichte lohnende Beschäftigung stellen jetzt oder zu Ostern ein

Dr. Deisting & Co.

G. m. b. H.

Kierspe.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Ia. Zigarren, Zigaretten

Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen.

Große Auswahl in

Amboina, Brühre-

Pfeifen und Mützen

Feuerzeuge u. sonst Raucherutensilien

Fr. Herm. Bohmer,

Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Allg. Ortskrankenkasse der Gemeinde Halver.

Die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge betragen ab 1. 3. 5% der Krankenkassenbeiträge.

Suche per sofort oder später einen jüngeren

Ackergehilfen nicht unter 18 Jahren.

Feldmann,
Heweg.

Telefon 214, Amt Halver.

Wir suchen sofort oder in 14 Tagen geübte

Pedalachsen-

schmiede

u. Pressenarbeiter

Becker & Co.,

G. m. b. H.
Halver.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einige

jugdl. Arbeiter

bei dauernder, lohnender Beschäftigung.

Dressbach & Cie.

Halver i. W.

Für Landwirte!

Fertige

Tragetücher

Stück 2,50

empfiehlt

Aug. Vollmerhaus,

Kierspe-Bhf.